

3. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung des Stadtarchivs Koblenz (Gebührenordnung Stadtarchiv) vom 06.09.1999 in der Fassung vom 12.12.2013

Aufgrund des § 24 der Gemeindeordnung (GemO) in der Fassung vom 31.01.1994 (GVBl. S. 153), des § 3 Abs. 8 des Landesarchivgesetzes (LArchG) vom 05.10.1990 (GVBl. S. 277) und der §§ 1, 2, 7 und 8 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) vom 20.06.1995 (GVBl. S. 175) in den jeweils geltenden Fassungen

hat der Stadtrat in seiner Sitzung am 18.12.2020 folgende Änderungssatzung beschlossen:

Artikel 1

Die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung des Stadtarchivs Koblenz (Gebührenordnung Stadtarchiv) vom 06.09.1999 in der Fassung vom 12.12.2013 wird wie folgt geändert:

1. In § 4 wird nach Absatz 3 folgender neuer Absatz 4 eingefügt:

"(4) Soweit die erbrachte Leistung der Umsatzsteuer unterliegt, handelt es sich bei den sich aus dem Gebührentarif ergebenden Beträgen um Nettobeträge i. S. d. § 10 UStG zuzüglich der gesetzlich geschuldeten Umsatzsteuer."

2. Der Gebührentarif als Anlage zur Gebührenordnung Stadtarchiv wird wie folgt neu gefasst:

„1. Gebühren für den Personaleinsatz

1.1 für schriftliche Auskünfte gemäß
§ 10 Abs. 2 Archivordnung und die dazu
notwendigen Nachforschungen
je angefangene Arbeitsviertelstunde 17,00 EUR

1.2 für die Anfertigung von paläographischen
Abschriften (Transkriptionen)
je angefangene Arbeitsviertelstunde 17,00 EUR

1.3 für Übersetzungen
je angefangene Arbeitsviertelstunde 17,00 EUR

1.4 Sonstige Dienstleistungen
(z.B. Anfertigung von Digitalisaten)
je angefangene Arbeitsviertelstunde 17,00 EUR

2. Erstellen von Fotokopien durch Archivpersonal
DIN A 4 je Kopie 0,60 EUR
DIN A 3 je Kopie 1,20 EUR“

Artikel 2

Diese Änderungssatzung tritt am 1.1.2021 in Kraft.

Gem. § 24 Abs. 6 der Gemeindeordnung (GemO) wird darauf hingewiesen, dass Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der GemO oder aufgrund der GemO erlassener Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sind, ein Jahr nach der Bekanntgabe als von Anfang an gültig zustande gekommen gelten. Dies gilt nicht, wenn

1. die Bestimmungen über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung, die Ausfertigung und die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind
oder
2. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist die Aufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet oder jemand die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften gegenüber der Gemeindeverwaltung unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht hat.

Hat jemand eine Verletzung nach Satz 2 Nr. 2 geltend gemacht, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Ausgefertigt: Koblenz, xx.xx.2020

David Langner
Oberbürgermeister